

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

21. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Bestellgeld

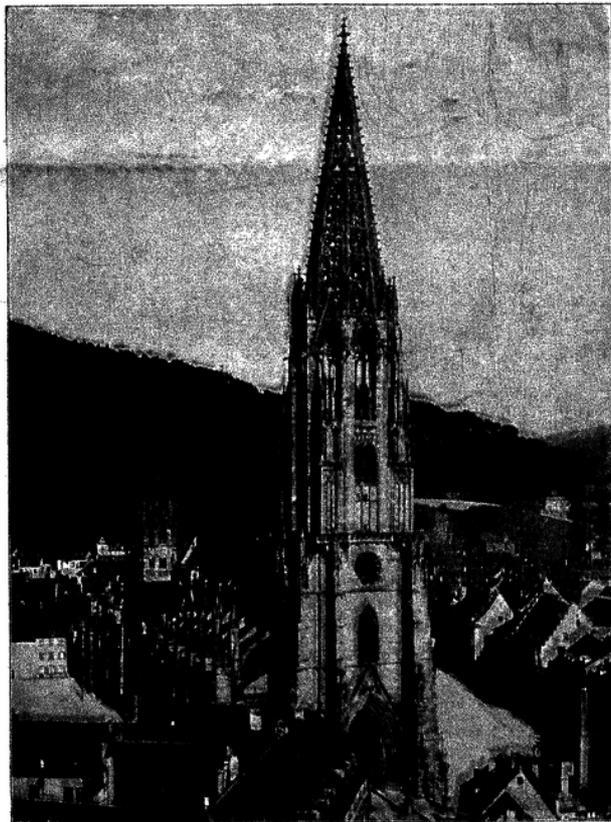
Berlin, den 25. Juli 1925

Erscheint vierzehntägig Samstags  
Einzelnnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 15

## Willkommen in Freiburg!

Zum siebenten Male hat unser Zentralvorstand die gewählten Vertreter der Organisation zusammengerufen, um in der ordnungsmäßigen Hauptversammlung Bericht zu geben über die letzten drei Jahre und zu beraten, wie in der kommenden Zeit für die Angehörigen unseres Berufes erspriessliche Arbeit geleistet werden kann. Während die bisherigen Generalversammlungen meist im Norden oder in der Mitte unseres Vaterlandes abgehalten wurden, ist in diesem Jahre der äußerste Süden erwählt. Freiburg ist stolz darauf, die lieben Kolleginnen und Kollegen unseres Verbandes in seinen Mauern beherbergen zu dürfen. Die Zahlstelle Freiburg wird alles aufbieten, um den Gästen neben der anstrengenden Tagung auch Stunden der Erholung mit echt süddeutscher Gemütslichkeit zu bieten. Von M.-Gladbach bis nach Freiburg i. Br. — was liegt nicht alles dazwischen! Des deutschen Volkes, vor allem aber der arbeitenden Massen schwerster wirtschaftlicher Weg ist in diesem Zeitraum eingeschlossen. Wenn wir vor drei Jahren in M.-Gladbach auch mit großen Sorgen in die Zukunft schauten und wenn die ganzen Beratungen auch unter gewissen Voraussetzungen getätigt wurden, so konnte doch kein einziger die kommenden Ereignisse so sehen, wie sie sich tatsächlich schon nach Jahresfrist gestalteten. Die bald nach der sechsten Generalversammlung einsetzende Inflation brachte uns allen ganz neue Situationen. Schwierigkeiten häuften sich in der Organisation. Es waren keine Mittel mehr vorhanden, um die Herstellung der „Graphischen Stimmen“ zu bezahlen. Notwendige Reisen konnten nicht mehr ausgeführt werden. Der Organisationsapparat wurde gelähmt. In den schlimmsten Wochen, wo das Geld sich von Minute zu Minute entwertete, konnte den Organisationsangestellten überhaupt kein Gehalt mehr gezahlt werden. Schneller jedoch, als wir es erhoffen konnten, festigte sich die Organisation nach der Währungsstabilisierung. Es ging wieder vorwärts auf allen Gebieten. So wird, auch unter diesem Gesichtswinkel gesehen, unsere Generalversammlung in Freiburg ein Markstein in der Geschichte des



Das Freiburger Münster

Graphischen Zentralverbandes bleiben. Wenn wir nach verschiedenen Seiten hin in Deutschland noch nicht über dem Berg sind und ohne Zweifel für alles gerüstet sein müssen, so dürfen wir diesmal doch daran gehen, Arbeit auf lange Sicht zu vollbringen. Vielfach und vielseitig sind die Wünsche unserer Mitglieder. Die Delegierten werden vor verantwortungsvolle Entscheidungen gestellt werden. Die Auf- und Ausbaurbeit unserer Organisation wird eines der wichtigsten Probleme der Zukunft sein. Unsere VII. Generalversammlung fällt in eine Zeit wirtschaftlicher und sozialer Hochspannung. Die letzten Wochen verzeichnen schwere Lohnkämpfe in manchen Industrien. Ein großer Teil der Arbeiterschaft glaubt, die Zeitverhältnisse der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts müßten wieder tonangebend sein. Da möchte so mancher von uns glauben, es hat doch alles keinen Wert mehr. Möge die Freiburger Tagung deswegen wieder neue Begeisterung und Liebe zu unserer Organisation entfachen, Begeisterung und Liebe, wie sie vor 20 Jahren für unsere alten Kollegen Selbstverständlichkeiten waren. Vor unseren Augen stehe das herrliche Freiburger Münster. Wer an diesem prächtigen Bau emporsehnd, der wird sich sagen müssen, daß nur Fleiß und Ausdauer zum Ziele führen. Wie ein herrliches „Sursum corda“ erhebt sich die Pyramide des Münsters zum Himmel. Jawohl! Empor die Herzen und wieder mit frischem Mut und Gottvertrauen an unsere gewerkschaftlichen Aufgaben! Willkommen, all ihr lieben Gäste aus den Gauen unseres weiten Vaterlandes. Im „Kuffersländli“ soll mustergültige Arbeit geleistet werden. Nach getaner Arbeit sollt Ihr Euch aber noch stärken in der würzigen Schwarzwaldluft. In würdiger Weise soll sich die VII. Generalversammlung ihren Vorgängerinnen anreihen. Mögen nicht nur die gewählten Delegierten, sondern auch die Mitglieder der benachbarten Ortsgruppen Anteil nehmen an dieser für die Südwestecke wohl bedeutungsvollsten Tagung, um neugestärkt wieder an die schwierige und unentbehrliche Kleinarbeit für unsern Graphischen Zentralverband zu gehen.

J. Scherer.

# Freiburg und seine Umgebung

Wollen wir Freiburg in seiner ganzen Herrlichkeit beschauen, so bestiegen wir die Höhe unseres Schlossberges. Eine Welt voll Schönheit liegt hier vor unseren Augen. Gegen Westen dehnt sich die fruchtbare Ebene aus, unterbrochen durch die sonnigen Höhen des Kaiserstuhls, durchzogen vom Silberbande des Rheines und abgefloßen durch den dunklen Stamm der Vogesen. Gegen Osten erhebt sich der Schwarzwald mit seinen heiltschimmernden Laubwäldern, seinen höher und höher aufragenden tannenschwernen Berghängen mit den im letzten Schnee glänzenden Klippen. Gleich einer tiefen Mulde liegt das Dreisamthal dazwischen ausgebreitet, und wie dunkle Kirchen ziehen die Seitentäler ins reichgegliederte Gebirge.

Wo die fruchtbare, sonnige Ebene und die schattigen Abhänge des Schwarzwaldes sich berühren, wo die eingeschlossene Dreisamebene sich ein Tor ins weite Rheintal öffnet, da liegt, umgeben von Städten und Dörfern, die Perle des Breisgaus: unser Freiburg!

Ganz zu Füßen des Schlossberges schmiegt sich die Altstadt an. Die neuen Teile der Stadt streben läßt hinaus in die Ebene und senken ins Dreisamthal; sie ziehen in den Schatten grüner Seitentäler und klettern empor an den Halden der nahen Hügel. Es ist ein Häusermeer, ein verschlungenes Netz von Straßen, aus denen die hohen Türme mit ihrem Glockenklang zu uns herübergrüßen. Und mitten im Meere dieser Häuser steht das Münster. Wie ein Hirte unter seinen Schäflein. Die Häuser sehen recht winzig aus im Vergleich zu diesem Riesen, der seinen gewaltigen Turm beinahe zum Himmel hebt. Um das Münster herum stehen in einem Abstände, der den Münsterplatz bildet, wo täglicher Markt stattfindet, die dicht aneinander gebauten kleinen Häuser.

Um das Münster herum sieht man die Häuser am dichtesten; es fehlen hier die Anlagen und freien Plätze, an denen die Stadt sonst so reich ist; es ist eben das „Alt Freiburg“. Dies ist aber nur ein ganz kleiner Teil von Freiburg. Ringsherum haben sich neue, große, mit Anlagen geschmückte Stadtteile erhoben. Diesen Stadtteilen selbst haben sich Vororte angegliedert.

Noch einmal einen Blick in die Täler und auf die Höhen und unser Weg führt uns durch herrliche Waldwege hinunter in den Stadtteil Herdern. Dieser Stadtteil hat sein früheres dörfliches Wesen ziemlich verloren und weist hauptsächlich vornehme Siedlungen auf. Seine wunderbar gesüßte warme Lage hat ihn den Namen „Alte Nizza“ eingebracht. In der äußersten Ecke sehen wir eine kleine Anhöhe, der Hebsack genannt, wovon die Stadt von Norden nach Süden zu überblicken ist.

Am Fuße dieses Hügel sehen wir den Botanischen Garten, mit seinen Gewächshäusern und Anlagen. Wir durchschreiten die schattige Zähringerstraße, um dem Zentrum der Stadt näher zu kommen. Ein großes, rotes Haus fällt uns hier plötzlich auf und wir meinen, dieses Bild schon einmal irgendwo gesehen zu haben. Ganz richtig! In der letzten Nummer der „Graphischen Stimmen“ haben wir es abgebildet. Es ist das Geschäftshaus der Firma Herder & Co. Hier gehen sie ein und aus, die Freiburger Kollegen und Kolleginnen. Zu erwähnen wäre noch der von hier nicht sehr weit entfernte herrlich gelegene Friedhof. Außer der schönen Einfriedungshalle und den damit im Gesamtbild verbundenen Eingangsportalen zeigt er uns herrliche Anlagen und Springbrunnen. Von hier genießt man einen wunderbaren Blick nach den Schwarzwaldbergen.

Stadteinwärts kommen wir an den klinischen Krankenhäusern sowie den verschiedensten Instituten und Laboratorien der Universität vorbei.

Schon unter den schattigen Bäumen der Zähringerstraße, durchfloßen von einem jäubelnden Bächlein, das Freiburgs Stolz und Zierde und manchem Fremdling in feuchtröthlicher Nachstunde zum unerwünschten

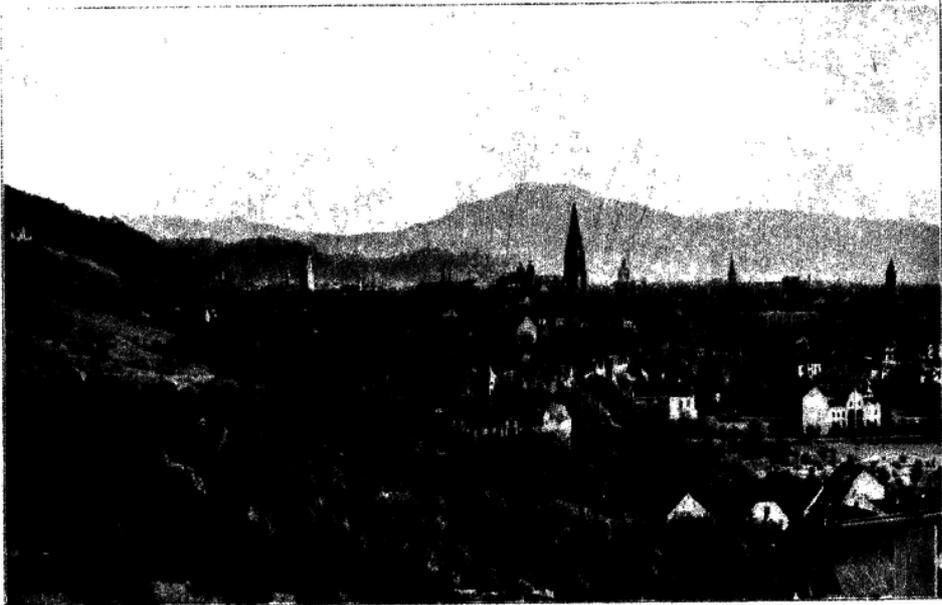
Bade geworden ist, sehen wir das Siegesdenkmal von 1870/71 und laufs dahinter wieder die herrliche Parkanlage unseres Liebhabermünsters. Unter Hand, ganz dicht am Fuße des Schlossberges, sehen wir die Festhalle mit Stadtpark. In unmittelbarer Nähe befindet sich das math. Perrinshaus, die Tagungshalle unserer 7. Generalversammlung. Wir kehren hier jedoch nicht ein, sondern wollen unseren Gang durch die Stadt fortsetzen.

Die beliebteste Straße Freiburgs ist die Kaiserstraße, durch die wir jetzt entlang gehen. Mitten in der Straße stehen noch alte Brunnen, es sind dies drei Brunnen: der Abrechtsbrunnen und der Wertholtsbrunnen, sowie der dem Münster gegenüberstehende, in schöner, gotischer Form ausgeführte Münsterbrunnen. Im Hintergrunde erheben wir das historische Martinstor.

In eine Seitenstraße einbiegend, stehen wir vor dem alten und neuen Rathaus. Auf dem Turmchen des neuen Rathauses befindet sich ein Glockenspiel, aus 25 Glocken bestehend. Jeden Mittag um 12 Uhr laufen sowohl die Einkünfte als eine Menge

wärts zum Schwabentor, dem Gegenstück zum oben erwähnten Martinstor, daran erinnernd, daß Freiburg einstens eine nicht zu verachtende Festung war. Rechts einseits wir den Aufstieg zum Schlossberg. Unter dem Torbogen dieses alten Turmes hindurch haben wir die Altstadt wieder erreicht. Das Münster ist es, das uns zuerst, wohl von einer anderen Seite, wieder ins Auge fällt. Vor dem Eingange stehen drei hohe Säulen, auf den zwei äußeren die Standbilder der Stadtpatrone; die mittlere trägt die Himmelskönigin der „Unser lieben Frauen Münster“ geweiht ist. Wir betreten die reichgeschmückte Vorhalle. Das ganze Langhaus ist durch zwei Pfeilerreihen in ein Mittel- und zwei Seitenschiffe geteilt. Das Mittelschiff ist 27 Meter hoch und 11 Meter breit, die Seitenschiffe haben die halbe Höhe und Breite. Das ganze Langhaus ist, bis auf einen ganz kleinen Teil im Querbau, weiß ein gotischen Stil an. Die Hauptzierde des Langhauses bilden neben vielen Figuren die bunten Fenster, die jetzt allmählich unter vielen Malen mit der eingestrichen wurden. Sie wurden im Krieges wegen der Zerstörung herausgenommen. Vom Querschiff, dem ältesten Teile des Münsters, sehen wir links die Musiktribüne, zwei Altäre, den Dreikönigs- und den St. Annas-Altar. Einige Stufen höher, und wir befinden uns im Hochchor. Von hier erblicken wir den Hochaltar, der aus dem Jahre 1511 stammt. Links und rechts stehen die Chorstühle nebst dem Throne des Erzbischofs. Der ganze Hochchor ist umgeben mit einem Chorumgang, in dem sich 13 kleine Kapellen mit kunstvollen Altären und schön gemalten Fenstern befinden.

Der Glanzpunkt des Münsters aber ist der herrliche, 115 Meter hohe Turm; er ist einer der ältesten und schönsten, die in der Art gebaut wurden. Etwa vier Meter tief gehen die Fundamente in die Erde. Darauf erhebt sich einfach und massiv der quadratische 37 Meter hohe Unterbau. Der mittlere Teil des Turmes hat eine Höhe von 33 Metern in achteckiger Grundform. Immer leichter und luftiger von acht ge-



Gesamtansicht Freiburgs vom Hebsack

wichtigen Anordnungen durchbrochen, steigt dieses Mittelstück empor. In diesem reich geschmückten und geschlossenen Mittelbau befindet sich der Glockenturm, in dem 13 Glocken in verschiedenster Größe hängen. Untenhalb der Glocken ist der Wohnraum des Turmwärters. Die obere Hälfte des Mittelbaues und die 45 Meter hohe Pyramide sind innen völlig hohl. Auf jeden Fall lohnt es sich, die 33 Stufen hoch zu steigen, denn der Ausblick von dieser luftigen Höhe ist wunderbar.

Wohl keine Stadt des gesegneten Badener Landes ist so geeignet für kleinere und größere Wanderungen, wie die Perle des Breisgaus. Es hat daher seinen wohlbedachten Grund, daß viele dieses herrliche Fleckchen Erde aufsuchen, um hier in behaglicher Ruhe den Rest ihrer Tage zu verbringen. Aber vor allem zieht auch deshalb der lebensfrohe Student gerne zur Alma Mater Alberto Ludoviciana. Er weiß, daß nach getaner Arbeit ihm schattige Wälder, ausichtsreiche Höhen und liebliche Täler winken, wo er sich erholen und neuen Lebensmut erwarbener kann. Aber auch der in Freiburg lebende Bürger ergreift gerne in freien Stunden und besonders an Sonntagen den Wanderstab, um sich in Gottes freier Natur zu ergehen, wie auch in den letzten Jahren die heranwachsende Jugend sich immer mehr dem Wandersport widmet.

Eines der gewaltigen Bauwerke unserer Stadt ist das im Jahre 1910 erbaute Stadttheater. Eine runde Kuppel überragt das massive, mit schönen Dekorationen verzierte Gebäude. Die Außen- und Innendekorationen sind ganz der Neuzeit entsprechend. Neben sich zwei gruppierenden höheren Schulen und dem Zentralgebäude des deutschen Caritasverbandes erhebt sich das mit dem Spruch: „Die Wahrheit wird Euch frei machen“ gekennzeichnete, ebenfalls herrliche Bauwerk der Universität. Gegenüber befindet sich die neue Universitätsbibliothek.

Der Dreisam zuwandernd, die im Sommer sehr wenig Wasser mit sich führt, im Frühjahr dagegen, zur Zeit der Schneeschmelze, sehr gefährlich werden kann, haben wir rechter Hand den Stadtteil Ströhlinger, der durch den Bahnstrang von der Innenstadt getrennt ist. Von Ferne greifen uns die beiden grünen Türme der Herz-Jesu-Kirche.

In den schön gepflegten Anlagen wandern wir flussaufwärts und beschauen uns die verschiedenen Brücken, die hinüberführen in den südlich gelegenen Stadtteil Wiehre. Es sind dies die Kronen-, die Kaiser- und außer zwei Stegen die Schwabentorbrücke, die alle erst nach dem Hochwasserjahr 1896 neu erbaut wurden. Von der Schwabentorbrücke aus bietet sich wieder ein prächtiger Blick auf unsere Schwarzwaldberge. Unser Weg führt uns stadtein-

Da nur wesentliche Punkte der Umgebung für uns in Betracht kommen, so möge zunächst der mit der Parkbahn erreichbare Vorort Zähringen genannt werden. Herrliche Waldwege führen hinauf, ein schöner Rundblick lohnt die Wanderung. Bei diesem Rundblick fällt uns das entgegengesetzt liegende Lorettoberglein mit einer Kapelle (aus drei kleinen Kapellen bestehend) und ein Aussichtsturm (Hilfatum) auf. Auch dies ist ein von den Freiburgern gerne

## Die Gewerkschaften zur Wirtschaftslage

Von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände wurde der Reichsregierung am 11. Mai 1925 eine Denkschrift unterbreitet, die man als einen Generalangriff gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, ansehen muß. Kurz zusammengefaßt, jagt die Denkschrift etwa folgendes:

1. Wir haben eine Wirtschaftskrise, schlimmer als je;
2. trotzdem sind die Löhne im dauernden Steigen begriffen;
3. das muß zu Preissteigerungen führen, die die Absatzmärkte und zugleich die Währung gefährden;
4. deshalb muß vorläufig mit jeglicher Lohnerhöhung Schluß gemacht werden, dagegen ist die Arbeitszeit zu verlängern;
5. das Schlimmste sind die durch das Schlichtungswesen herbeigeführten Zwangstarife, Streiks wären leichter zu ertragen.

Diese Darstellungen haben die deutschen Gewerkschaften ebenfalls zum Gegenstand einer Denkschrift genommen. Die umfangreiche Denkschrift der Gewerkschaften wurde der Reichsregierung am 8. Juli 1925 unterbreitet. Zunächst betonen die Gewerkschaften, daß sie sich der gegenüber dem deutschen Volke auf ihnen und ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik ruhenden Verantwortung durchaus bewußt sind. Wenn sie die tarifvertragliche und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und die Sicherung einer Lohnhöhe, die dem Arbeitnehmer eine angemessene Lebenshaltung gewährt, fordern und durchzusetzen gewillt sind, so steht dieses Ziel durchaus im Einklang mit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes.

Die Erfüllung der deutschen Arbeitgeberforderungen würde der deutschen Volkswirtschaft nichts nützen, weil sich naturnotwendig eine gleiche Reaktion in den Wettbewerbsländern durchziehen und einen etwaigen deutschen Vorprung sehr schnell ausgleichen würde — dann aber mit der volkswirtschaftlich verhängnisvollen Wirkung, daß der ohnehin infolge der mangelnden Kaufkraft der Volksmassen stagnierende Weltmarkt noch weiter geschwächt wäre, weil steigende Absatzkosten und Arbeitslosigkeit unabweisbar wären. Statt des durch niedere Löhne und lange Arbeitszeit für die deutsche Volkswirtschaft im Kampfe um die Steigerung der Absatzmöglichkeit bezweckten Erfolges käme auch für Deutschland durch die sinkende Kaufkraft und fortschreitende Verelendung der Arbeitnehmerschaft aller Länder eine weitere Beschränkung des Wareneportes.

Die Befassung der deutschen Produktion durch Löhne, Dauer der Arbeitszeit und Sozialversicherung kann nur im Vergleich mit der Entwicklung dieser Faktoren in den übrigen Ländern geprüft werden. Ein Vergleich darf nicht einseitig von der Vorkriegszeit in Deutschland ausgehen.

Nach den vergleichenden Statistiken der Gewerkschaften über die Entwicklung der Tariflöhne in 25 deutschen Städten und 43 Berufen betrug der Tariflohn für den männlichenollarbeiter im Jahre 1913/14 im Durchschnitt 57 Pf. stündlich. Eine Zusammenstellung der Tariflöhne für die gleichen Orte und Berufe zeigt für Ende Dezember 1923 einen Durchschnitt von 52,8 Pf., obwohl die Lebenshaltungskosten im Dezember 1923 nach dem amtlichen Index etwa 20 Prozent höher lagen als 1913/14. Ende März 1924 war der Durchschnittslohn auf 52,4 Pf. gesunken, allerdings bei etwas sinkenden Lebenshaltungskosten. Mit dem Steigen dieser Kosten steigt der Durchschnittslohn Ende Juni 1924 auf 62,6 Pf., Ende September auf 64,7 Pf., Ende Dezember auf 71,7 Pf. und Ende März 1925 auf 76 Pf. Die amtliche Indexwertzahl im März 1925 auf 136,8. Dabei ist besonders zu beachten, daß in der Vorkriegszeit die Tariflöhne sehr viel mehr als heute eine untere Preisgrenze darstellten, während in der Nachkriegszeit der tarifvertraglich vereinbarte Lohn in der Regel zum Normallohn wurde, und daß der amtliche Index aus einer Reihe von Gründen erheblich hinter der tatsächlichen Wertenerkung der Lebensmittel zurückbleibt. Er lagungsgemäß vollzieht sich aber seit Herbst 1924 die Lohnentwicklung in der Richtung einer stärkeren Differenzierung der Löhne der gelehrten und der ungelerten Arbeiter, nachdem besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine starke Annäherung dieser Löhne erfolgt war. Besonders die Löhne der ungelerten Arbeiter, also die Mehrzahl der Beschäftigten, bleiben in der neueren Zeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit beträchtlich hinter den Löhnen der gelehrten Arbeiter zurück. Ein Streiklohn auf den niedrigen Stand der Löhne wirkt auch eine Eingabe des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten an den Reichsarbeitsminister vom 10. Juni d. J., in der es heißt, daß von allen bei ihnen im Jahre 1924 geleisteten Beiträgen über 30 Prozent in der niedrigsten Beitragsklasse entrichtet wurden.

Daß die ausländischen Reallohne höher sind als die deutschen, will die Denkschrift der Arbeitgeber nur bezüglich der Vereinigten Staaten anerkennen. Ebenso geht sie auch an der Tatsache vorbei, daß selbst dort, wo im Auslande das Lohnniveau das gleiche ist, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Preisniveau stattgefunden hat. Dies geht hervor aus der Statistik von Professor Dr. Paul Bernberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1921 in Prozenten der Löhne von 1914. Darunter waren Ende 1921 die Reallohne folgende:

In Deutschland	122 Prozent.
In Italien	150 Prozent.
In Frankreich	152 Prozent.
In England	200 Prozent.
In der Schweiz	200 Prozent.
In Schweden	249 Prozent.
In Holland	295 Prozent.
In den Vereinigten Staaten	auf 232 Prozent.

Es geht auch nicht an, bei der Beurteilung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft mit dem Wohnungselend zu spekulieren, indem man erklärt, daß der Lebensstandard einer Familie ja vielfach

## Graphischer Zentralverband Zahlstelle Freiburg i. Br.

Anlässlich der VII. Generalversammlung ist am **Samstag, den 25. Juli**, abds. 1/8 Uhr beginnend, im großen Saale des kath. Vereinshauses (Karlstraße 7), ein

### Begrüßungsabend

Wir laden hierzu die Mitglieder unseres Verbandes sowie der betreuten Bruderverbände mit ihren Angehörigen recht herzlich ein.

Der Vorstand:  
M. Birk

NB: Diejenigen Delegierten und Gäste, die mit einem späteren Zuge in Freiburg ankommen, wollen mit der elektrischen Straßenbahn bis Gaststätte „Eisengedenkmal“ fahren. In unmittelbarer Nähe, 2. Straße links (Karlstraße) befindet sich das kath. Vereinshaus.

nicht ausschließlich von dem Einkommen eines einzelnen Familienmitgliedes abhängig sei, da heute in weit größerem Umfange als in der Vorkriegszeit gerade in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien mehrere Familienmitglieder bei gemeinsamem Haushalt Arbeitslohn zu verdienen hätten. Die infolge der Wohnungsnot und der geringen Einkommen wachsende Erschwerung einer selbständigen Haushaltsgründung kann nicht als ein Dauerfaktor in die Lohnpolitik eingerechnet werden.

Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus kann von einer ungesunden und wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht gesprochen werden. Weder Löhne noch Sozialbelastung übersteigen im Gegensatz zum Auslande die relative Höhe der Vorkriegszeit.

Die Abneigung der Unternehmer gegen Zwangstarife, ihre Bereitwilligkeit, lieber Streiks als Verbindlichkeitsverpflichtungen auf sich zu nehmen, entspricht ihrem derzeitigen Machtgefühl. Wie würde das Unternehmertum nach Zwangstarifen ruhen, wenn nach seiner Meinung die Arbeiterschaft die stärkere Position hätte! Die Gewerkschaften haben keinen Grund, mit der Lohnpolitik der Schlichter sonderlich zufrieden zu sein. Aber die Unternehmer suchen das gesetzliche System zu diskreditieren, weil es eine Beschränkung ihrer Willkür bedeutet.

Zur Begründung ihrer Forderung auf Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit berufen sich die Arbeitgeberverbände auf die ernste Wirtschaftslage Deutschlands, die sie aus den Verlusten durch den Vertrag von Versailles und die stark passive Handelsbilanz nachzuweisen suchen. Daß unsere Wirtschaftslage nicht zum besten steht, ist unbestreitbar. Man sollte sich jedoch hüten, sie als schlechter darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Trotz passiver Handelsbilanz ist unsere Währung stabil geblieben, das heißt, das Vertrauen des Auslandes zu unserer Wirtschaftskraft ist bislang unerschüttert.

Die Arbeitgeber beschränken sich darauf, von der Arbeitnehmerschaft Opfer zu verlangen, und gleichen stillschweigend über die naheliegenden Fragen hinweg, welche Opfer die Unternehmer zu bringen gewillt sind. Sind doch die Lasten aus dem Versailles-Vertrage bisher in überwiegendem Maße durch die breiten Massen des Volkes aufgebracht worden.

Zum Schluß wird in der Denkschrift der Gewerkschaften auf die gewaltige Gefahr hingewiesen, der die einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichteten Forderungen der Unternehmer die Gesamtheit des deutschen Volkes aussetzen drohen. Die Unternehmer können nicht glauben, daß die Arbeitnehmerschaft, daß die Gewerkschaften sich der einseitigen Interessenpolitik der Industrie beugen werden, und sie glauben es auch nicht, wie ihre Bereitwilligkeit, wirtschaftliche Kämpfe auf sich zu nehmen, zeigt. Die Gewerkschaften aber sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle erdenklichen Opfer auf sich genommen hat, preiszugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dieses Wohl schützen und schütten, und das Los der Arbeitnehmerschaft zu verbessern suchen, weil sie gewiß sind, ihrem Volke damit den größten Dienst zu erweisen. Die Verantwortung für die aus diesen Kämpfen, gleich wie sie enden werden, erwachsende Erschütterung des Volks- und Wirtschaftslebens aber tragen die Kräfte, die nicht bereit sind, sich ehrlich an den notwendigen Opfern der deutschen Nation zu beteiligen.

## Neuordnung der Unfallversicherung

Auf wichtige Änderungen in der Unfallversicherung wiesen wir schon in letzter Nummer hin. Die große Bedeutung dieses Versicherungszweiges — wir zählen 24 Millionen Unfallversicherte — rechtfertigt eine ausführliche Behandlung der geänderten Versicherungsbestimmungen. Vorausgeschickt sei, daß die Änderungen im Reichstage von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angenommen wurden.

Im wesentlichen wurde folgendes neu festgelegt:

1. Der Begriff „Betriebsunfall“ wird auch auf Zeiten außerhalb des Betriebes festgelegt, und zwar: „auf die mit dem Betrieb zusammenhängenden Wege hin und zur Arbeit. Und ferner auf die mit der Beschäftigung in dem Betriebe zusammenhängende Verwahrung, Beförderung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgerätes, auch wenn es vom Versicherten selbst gestellt wird.“

2. Die Versicherungsspflicht wurde bis zu 8400 M. Jahresverdienst erweitert. Die Satzungen können über diese Verdienstgrenze hinausgehen. Die Vorkrente beträgt zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Die früheren Bestimmungen, bei Verdiensten über 1800 Mark fallen künftig weg. Teilweise Erwerbsunfähige erhalten den Teil der Vorkrente, der dem Maße der Einbuße an der Erwerbsfähigkeit entspricht. Die Mindestrente beträgt 10 Prozent.

3. Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, künftig Berufsunfähigkeitsrenten zu zahlen. Dasselbe enthält: „Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, insoweit der Verletzte durch den Unfall in der Ausübung seines Berufes oder eines Berufes, der ihm billigerweise zugemutet werden kann, wesentlich beeinträchtigt ist, nötigenfalls Ausbildung für einen neuen Beruf. Auch soll Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle geboten werden.“

4. Solange der Verletzte eine Rente von 50 oder mehr Prozent der Vorkrente bezieht, wird ihm für jedes eheliche Kind, bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres eine Kinderzulage von 10 Prozent gewährt. Diese Zulage erhalten auch Kinder über 15 Jahre, bis zu 18 Jahren, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig sind, oder sich in der Berufsausbildung befinden. Die Renten mit Zuschlägen dürfen den Jahresarbeitsverdienst nicht übersteigen.

5. Ebenfalls neu ist die Verpflichtung der Berufsgenossenschaften zur Zahlung eines Pflegegeldes von 20 bis 75 M. monatlich an solche Verletzte, die fremder Wartung und Pflege bedürfen. Neben diesem Pflegegeld haben solche Verletzte Anspruch auf Stellung von Pflegepersonal. Wird dem Schwerverletzten Heilanstaltspflege gewährt, so erhalten sie ein Tagelohn von jährlich insgesamt einem Zwanzigstel des Jahresverdienstes. Gleichseitig erhalten die Angehörigen des Verletzten ein Familiengeld in der Höhe der Rente, die ihnen bei seinem Tode zustehen wird.

6. Selbstversicherte, die der Krankenversicherung nicht unterstellt sind, (bei Landwirtschaft 75 Prozent), können nach näheren Bestimmungen der Genossenschaftsstatuten Krankenpflege vor der 14. Woche erhalten. Schwerverletzten Selbstversicherten ist die Krankenbehandlung vom ersten Tage an zu gewähren.

7. Die Witwenrente beträgt ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Diese Rente wird um das Doppelte erhöht, wenn die Witwe infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen um die Hälfte in ihrer Arbeitskraft behindert ist. Die Waisenrente beträgt nunmehr ebenfalls ein Fünftel des Jahresverdienstes und währt bis zum 15. Lebensjahr. Sie kann unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den Kinderzulagen bis zum 18. Lebensjahr gewährt werden.



so werden sie diese in Industriezweigen unterbringen, wo noch gute Absatzmöglichkeiten vorhanden sind. Unter der Herrschaft des Monopolkapitals dienen aber diese Produktionszweige vor allem dem Lustgenuß der Unternehmer und der Besitzenden. Aus der Erhöhung der kleinen Einkommen auf der einen, der Erhöhung der Preise auf der anderen Seite entspringt nämlich eine Anspannung der Massen und können deshalb die neuen Kapitalien nur in Produktionszweige gesteckt werden, die Waren für die Besitzenden herstellen. Es ist sehr richtig, wenn gegen den übermäßigen Tabak- und Alkoholverbrauch der breiten Massen gesprochen wird. Der Luxusverbrauch wird aber unter dem System der großkapitalistischen Kapitalbildung notwendigerweise nur steigen. Einfuhrverbote für Luxuswaren können sich nur in Preisserhöhungen für die im Inlande hergestellten Waren auswirken, das Problem werden sie aber nicht lösen können.

Unter solchen Umständen müssen wir sowohl was das Tempo wie die Methoden der Kapitalneubildung angeht, andere Wege einschlagen, als die von der Regierung und den Unternehmern geforderten. Erstens müßte man andere Schichten zum Träger der Kapitalbildung machen, vor allem die Bezücker der kleineren und mittleren Einkommen in der Vorkriegszeit mindestens zwei Drittel der Volkserparnisse geliefert haben. Dazu gehört aber eine andere Steuer- und Kreditpolitik. Der Umfang der zu niedrigeren Verzinsung der Spareinlagen seitens der Banken, wo diese doch von ihren Schuldnern richtige Zinsen einstreichen, muß ausbleiben. Die Forderung, daß der Entzug der kleinen Aktionäre durch die Aufsichtsräte beziehungsweise Großaktionäre Einhalt geboten werden soll, trifft nicht nur deshalb zu, damit jene ihre Gelder wieder der Wirtschaft zufließen lassen, sondern auch deshalb, weil die Lenkung dieser Spargelder in Betriebszweige, wo sie als Betriebskapital notwendig sind, eher möglich ist, als dies bei dem selbstherrlich vorgehenden Monopolkapital, das seine Kapitalien unter Ausschaltung der Banken verwaltet, der Fall ist. Noch wichtiger aber zur Förderung der nötigen Kapitalbildung ist die Kreditpolitik, eine Politik weitestgehender Kreditgewährung für Betriebskapital seitens der Reichsbank, wodurch das zur Verwertung der Waren führende Zinsenmonopol der Privatbanken gebrochen würde, vor allem aber die Mobilisierung des Kredits, die Beschleunigung der Umschlagsperiode des Kapitals. Kann man durch geeignete Produktions- und Kreditpolitik die zur Verfügung stehenden Geldmittel rascher als heute umsetzen, so wäre die zurzeit dringendste Aufgabe der Bekämpfung von Betriebskapital zum guten Teil gelöst. Eine Kapitalneubildung, deren Tempo ein zu rasches ist und deshalb die oben beschriebenen Gefahren der Massenverelendung und der Arbeitslosigkeit heraufbeschwört, durch gewaltsame Einschränkung des Verbrauchs die Volksgesundheit untergräbt und den Kreislauf der Produktion unterbindet, müssen wir von der Hand weisen. Von einer solchen Kapitalbildung könnte man mit Recht sagen: Die Operation ist geglückt — der Patient ist gestorben.

### Wozu dient die Hauszinssteuer?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich zunächst darüber klar werden, welche Gedanken bei der Einführung der Hauszinssteuer maßgebend waren. Es war die große Wohnungsnot, die allen vor Augen stand. Nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministers sollen 600 000 Wohnungen in Deutschland zurzeit fehlen. Es werden wahrscheinlich mehr sein, da nicht die mitgerechnet wurden, die in kurzer Zeit verfallen und die Wohnungen, die überfüllt und menschenunwürdig sind. Wollte man jährlich 100 000 Wohnungen erstellen, dann würden also sechs Jahre vergehen zur Behebung der Wohnungsnot. Im Frieden würden jährlich rund 180 000 neue Wohnungen hergestellt. 100 000 neue Wohnungen würden demnach nicht einmal den Bedarf decken. So kämen wir aus der Wohnungsnot überhaupt nicht mehr heraus. Daraus ist zu ersehen, daß weit mehr Wohnungen hergestellt werden müssen. Würde man jährlich 150 000 neue Wohnungen errichten, dann wären dafür bei einem Durchschnittspreis von nur 5000 M. 750 Goldmillionen erforderlich. Rechnet man 20 Prozent der Friedensmiete als Hauszinssteuer für den Neubau von Wohnungen, dann würde das, wenn man die Friedensmiete mit 5 Milliarden berechnet, nach Abzug von 5 Prozent Unkosten etwa 750 Millionen ausmachen. Diese einfache Berechnung zeigt, daß eine größere Summe aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden muß. Es ist heute die einzige Möglichkeit, den Neubau zu finanzieren. Auf dem allgemeinen Kapitalmarkt ist Geld nicht in diesem Umfange aufzutreiben. Außerdem ist die Verzinsung viel zu hoch. Erstklassige Hypotheken sind kaum unter 14 Prozent zu haben. Zweite Hypotheken sind fast gar nicht zu bekommen. Greift der Staat nicht ein, dann werden wir eine Katastrophe erleben.

Zunächst hat man es mit Baukostenzuschüssen versucht. Diese brauchten nicht nur nicht verzinst, sondern auch nicht mehr zurückgezahlt zu werden. Man kam mit Recht alsbald von dieser Methode ab, und suchte die Finanzierung in geregelte Bahnen zu lenken. Zu diesem Zwecke schuf man die Wohnungsbaubank bzw.

Hauszinssteuer. Der Gedanke, daß diejenigen, die das Glück haben, eine Wohnung zu besitzen, etwas dazu beitragen müßten, auch für diejenigen eine Wohnung zu schaffen, die noch nicht im Besitz einer solchen sind, hat Berechtigung und ist an sich sozial. Nur ist die Form der Steuer unsozial. Es werden nicht die sozialen Verhältnisse kindergärtel, Krankheit, Not bei der Erhebung berücksichtigt, sondern es wird lediglich die Wohnungsverhältnisse zur Grundlage genommen. Die Folge ist, daß die Kinderreichen, die eine größere Wohnung notwendig haben als Kinderlose, bedeutend höher zur Hauszinssteuer herangezogen werden. Dabei wird auch kein Unterschied gemacht, ob die Kinderreichen Familien kleine Kinder oder erwachsene Kinder haben, die schon mitverdienen. Der Junggeselle ist von der Hauszinssteuer verschont usw. Später wurden zwar die schlimmsten Härten beseitigt. Auf Antrag kam Stundung oder Erlass in besonderen Fällen erlangen. Aber ideal ist dieser Zustand nicht.

Die Absicht, die Hauszinssteuer voll für die Linderung der Wohnungsnot zu verwenden, wurde bald vereitelt. Die Regierung brauchte Geld. Zunächst wurde für die Beamtenbesoldung, dann aber auch

### 10 Gebote für Märgler und Kritiker in der Organisation

1. Sprich schlecht von deiner Organisation bei jeder Gelegenheit, die sich dir bietet.
2. Drohe stets mit deinem Austritt oder mit Widersetzlichkeit, wenn dir in der Organisation etwas nicht paßt.
3. Unterlasse nicht, jedermann haarklein zu erzählen, daß du mit der Tätigkeit deiner Organisation nicht einverstanden bist.
4. Wenn du dich mit einem Mitglied verfeindet hast, so versäume nicht, es der Organisation entgegen zu tun.
5. Unterlasse allen, die Arbeit für die Organisation verrichten, daß sie das nur aus Ehrgeiz oder um eines Amtes willen oder wegen persönlicher Vorteile tun. Hüte dich aber sorgfältig, etwas für deine Organisation zu tun, damit du nicht selbst in der gleichen Weise beschuldigt wirst. Schwänze womöglich die Versammlungen.
6. Erkläre einem jeden, der nicht in der Organisation ist, wie es eigentlich zu sein hätte, hüte dich aber, das in der Organisation selbst zu sagen.
7. Sprich niemals Gutes über die Gemächten deiner Organisation, die an der Verbesserung deiner Verhältnisse arbeiten.
8. Wenn du etwas gekostet als andere bist, so lauer, bis einer aus dem Vorhange einen Fehler oder ein Versehen begeht. Dann falle über ihn her. Mit deinen besseren Gedanken halte unbedingt so lange zurück.
9. Vergiß nie, aus „prinzipiellen Gründen“ in Versammlungen Opposition zu machen, denn du bist die Woge der Versammlungen: das Salz, der Pfeffer, die Muskatnuss. Bist du nicht, so würden die Versammlungen unschmackhaft sein.
10. Treiß einmal einer in deinem Sinne das Richtige, so widerspricht demnach, sonst wärest du nicht derjenige, der alles besser weiß. Wenn du das alles tust, so darfst du dich rühmen, als ein gekosteter Mann angesehen zu werden, der eigentlich „der Richtige“ wäre.

für andere Zwecke ein Prozentatz abgetrennt. Vom 1. April ab ist der Zustand so, daß in Preußen etwa 28 Prozent Friedensmiete für Hauszinssteuer erhoben werden, von denen aber nur die Hälfte für den Wohnungsbau bestimmt ist, während die andere Hälfte für andere Zwecke des Staates oder der Gemeinden in Anspruch genommen wird. Der Gesamtbeitrag, der nach der jetzigen gesetzlichen Regelung im laufenden Jahre in Preußen für die Förderung der Neubautätigkeit bestimmt ist, ist auf etwa 325 Millionen Mark anzunehmen. Diese geringe Summe reicht natürlich bei weitem nicht aus. Kämen die von der Regierung noch geforderten 12 Prozent hinzu, dann wären 40 Prozent der Miete für Hauszinssteuer und 48 Prozent verblieben dem Hausbesitzer, also insgesamt würden dann 88 Prozent Miete zu zahlen sein. Eine weitere Erhöhung der Miete wird zwangsläufig erfolgen; am 1. April 1926 soll die Miete bereits 100 Prozent der Friedensmiete betragen. Ob Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelstand neben den Preisserhöhungen der letzten Zeit und den wahrscheinlich zu erwartenden Preisrückführungen infolge des Zolltarifes auch noch erhöhte Miete zahlen können, darf bezweifelt werden. Jedenfalls regt man sich über Preisserhöhungen, über Zölle, neue Steuern und erhöhte Mieten bei weitem nicht so auf, wie wenn die arbeitende Bevölkerung einige Pfennige Lohn- oder Gehaltszulage beansprucht. Für die Hausbesitzer ist die Sache deshalb unangenehm, weil man allgemein von der Friedensmiete spricht, ohne sich dabei bewußt zu sein, daß etwa die Hälfte davon an den Staat abgeliefert werden muß. Der Hausbesitzer ist Steuereinzahler des Staates geworden. Er hat den Ärger, die Auseinandersetzungen mit den Mietern. Er läßt das Odium auf sich gegen Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Kleinrentner, Kinderreiche vorgegangen zu sein, ohne daß diese wissen, daß er dazu vom Staate gezwungen wird.

Folgender Gesichtspunkt muß noch beachtet werden: Die Steuer wird aufgebracht von der Gesamtbevölkerung, zum größten Teile sogar von den weniger Bemittelten. Die Masse muß es bringen, aber das Aufkommen wird hauptsächlich in Anspruch genommen von den Besseren-Bemittelten. Bei dem geringen Zinsfuß, den man für einen Neubau aus der Hauszinssteuer erhält, muß der größere Betrag immer noch entweder durch Eigenkapital oder durch Leihkapital aufgebracht werden. Minderbemittelte aber haben weder Eigen-

kapital noch genügend Kredit. Sie können auch die hohen Zinsen nicht aufbringen. Die Folge ist, daß die Hauszinssteuer hauptsächlich demjenigen zugute kommt, die verhältnismäßig am wenigsten dazu beizutragen haben und wirtschaftlich am stärksten sind. Auch Landwirte bekommen, wenn sie sich ein eigenes Haus bauen, die Hauszinssteuer. Dabei trägt aber die Landwirtschaft nichts zur Hauszinssteuer bei. Die verschiedensten Anträge, die schon dahingehend gestellt wurden, auch die Landwirtschaft zur Hauszinssteuer heranzuziehen, haben bisher nicht genügend Gegenliebe gefunden. Die Hauszinssteuer wirkt aber um so ungerechter, je mehr davon für die allgemeine Verwaltung in Anspruch genommen wird. Außerdem besteht dadurch auch die Gefahr, daß die Hauszinssteuer verweigert wird.

Die Hauszinssteuer war als vorübergehende Maßnahme gedacht. Hat sie sich erst einmal „benähert“, dann wird die Regierung nicht mehr daran verzichten wollen, denn eine bequemere, einfachere Steuer, die verhältnismäßig wenig Verwaltungsstellen verursacht, wird die Regierung selten finden. Das aber muß gerade verhindert werden. Familien, die in Höhlen wohnen, Kinderreiche, die in verfallenen leuchten Mietskasernen „wohnen“, sollen mit ihrem Geld dazu beitragen, daß Gutbemittelte Eigenheimliche bekommen. Erst dann, wenn auch die Minderbemittelten, in der Lage sein werden zu bauen, um ihren Kindern Licht, Luft und Sonne zu geben, wird die Hauszinssteuer auf weniger Schwierigkeiten stoßen.

Man sagt, bei einer Erhöhung des Zinsfußes könne weniger gebaut werden. Das ist ein Trugschluß. Besserbemittelte bauen doch, auch ohne Hauszinssteuer, Minderbemittelte bauen aber mehr, wenn die Hauszinssteuer erhöht wird und wenn einmal endlich die Kleinlichen Schikanen beim Bauen beseitigt werden, die das Bauen geradezu verhindern. Daß genügend Geld vorhanden ist, daß es aber leider nicht den Kleinen gegeben wird, die das Bedürfnis nach einer anderen Wohnung haben, geht aus den Prozessen und Standarten der letzten Zeit zur Genüge hervor. Die Wohnstätten GmbH, die eine gemeinnützige Gesellschaft ist mit dem Ziele, Beamtenhäuser zu bauen, hat Millionen übrig gehabt, um Kredite an eine Tilgungsgesellschaft zu geben, angeblich „weil ihr Geld für Bauzwecke nicht in Anspruch genommen wurde“. Die Preussische Landespfandbriefanstalt, hatte auch genügend Geld, um Herren von Zitzewitz, von Carolowitz und anderen aus dem Talles zu helfen. Ähnliche Dinge hört man von anderen Instituten.

Die Forderung muß also lauten: schleunigste Behebung der Wohnungsnot. Bis dahin muß das gesamte Aufkommen aus der Hauszinssteuer für diesen Zweck Verwendung finden. Ist der Zweck erreicht, dann muß die Hauszinssteuer aufgehoben werden. Der Etat muß mit anderen Mitteln balanciert werden. Es sind dafür Steuern aufzubringen, die die Minderbemittelten weniger drücken, und die nicht einen anti-sozialen Charakter haben.

Berlin.

Jos. Treffert.

### Mensch und Maschine

In allen Gewerben stehen wir heute vor einem Siegeszug der Maschine. Die Technik hat die Maschine vielfach schon so weit vervollkommen, daß sie die Arbeit bis zu den kleinsten Einzelheiten automatisch allein verrichtet. Das neue Lösungswort des Kapitals, vor allem in Amerika, aber auch auf Europa in immer weiterem Maße übergreifend, ist die arbeitssparende Maschine. Zwei Gründe sind es, die das Kapital veranlassen, die Technik zu immer neuen Wunderleistungen anzufordern: einmal das Bestreben der Arbeiterschaft, gleich nach dem Kriege ihre Real-löhne zu steigern, des weiteren aber die beschleunigte Kapitalbildung, die den Unternehmern die Anschaffung der sehr kostspieligen Maschinen ermöglicht.

In der amerikanischen Zeitschrift der Schwerindustrie „Iron Age“, die im Jahrgang eifrig für die arbeitssparende Maschine Propaganda macht, hieß es kürzlich: Die Produktion hat sich von Juli 1914 bis Januar 1925 um 28 Prozent, für einzelne Produkte — wie Öl, Kohlen usw. — um 34 Prozent gesteigert, der Beschäftigungsgrad aber nur um 6,8 Prozent. Diefelbe Zeitschrift stellt fest, daß gegenwärtig 29 Prozent der beschäftigten Arbeiter auf Kurzarbeit gestellt sind. Andere Quellen berichten darüber, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig, zurzeit der Konjunktur, 2,5 Millionen beträgt. Die Bedeutung dieser Zahl ist um so größer, weil bekanntlich die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten seit Jahren außerordentlich eingeschränkt ist. So war zum Beispiel die Eisen- und Stahlproduktion im März 1925 um 30 bis 40 Prozent größer als vor dem Kriege. Dennoch gab es dort eine Arbeitslosigkeit. Dies ist nur zum Teil durch organisatorische Fortschritte, zum größeren Teil aber durch die neuen arbeitssparenden Maschinen verursacht.

Ein amerikanischer Professor, Paré Winslow, Mitglied in der Zeitschrift „Atlantic Monthly“ den Unter-gang der gelernten Arbeit an. Seiner Behauptung zufolge können die Fertigkeiten für 45 Prozent aller Arbeitsposten in der Automobilindustrie an einem Tage erlernt werden, 36 Prozent beanspruchen nicht mehr als eine Woche Lernzeit und nur ein Prozent erfordert eine Ausbildung von mehr als einem Jahr. Die Abhängigkeit der gelernten durch ungelehrte Arbeiter tritt

in der Stahlindustrie am meisten hervor. Die Arbeiter machen kaum mehr als Griffe an Drehten, während das andere durch Dampf und Elektrizität verrichtet wird. Als die Stahlwerke Arbeiter brauchten, haben sie Mexikaner und Algerer zugezogen. Der Baumwollpflanzler kann beinahe sofort in ein Stahlwerk eingestuft werden.

Die gleichen Erfindungen treten aber auch in Europa auf. Für englische Verhältnisse ist der jüngst ausgebrochene Konflikt im Baugewerbe bezeichnend: Es handelt sich dort darum, daß künstlich Wohnhäuser aus Stahl nach einem neuen System gebaut werden sollen, wobei Facharbeiter zum größten Teil überflüssig werden. Die Organisationen der Bauarbeiter bestehen darauf, daß die bei der Errichtung von Stahlhäusern beschäftigten Bauarbeiter nur zu den Löhnen, die für die Bauarbeiter tarifiertraglich festgesetzt sind, arbeiten dürfen. Die mechanische Herstellung der Maschinen beispielsweise ist in England so weit fortgeschritten, daß in Schottland die Glasarbeiter ganzer Bezirke entlassen wurden. Derselbe Vorgang begann für Fensterglas in Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei, für Maschinen in Frankreich, um sich zu greifen, auch in Deutschland ist durch Einführung amerikanischer Betriebsmethoden namhafte Arbeitslosigkeit in der Glasindustrie entstanden.

Was Deutschland anbetrifft, so sind Bestrebungen zur Einführung arbeitssparender Maschinen hier ebenfalls vorhanden. In der erwähnten Zeitschrift „Iron Age“ (9. April) wird mitgeteilt, daß die Kreditgesellschaft deutscher Unternehmungen für langfristigen Kredit auf den Wunsch der letzteren, neue arbeitssparende Maschinen zu kaufen, zurückzuführen sind. Der Generaldirektor der Reichsbahn hat erst kürzlich darüber einen Vortrag gehalten, wie in den Eisenbahnbetriebsstätten infolge der Einführung neuer Maschinen und Arbeitsmethoden ein erheblicher Teil der Arbeiter überflüssig geworden ist. Die neuen Maschinen halten aber auch in den Häfen, vornehmlich in den Häfen, ihren Einzug. Rechnende Schreibmaschinen, schreibende Rechenmaschinen, Loch-, Sortier- und Buchungsmaschinen werden eingeführt. Angeblühlich in der Filiale und Depositzentrale einer D-Bank mit Hilfe dieses Systems der Mechanisierung der Arbeit sind die neuen Maschinen 70 bis 80 Prozent des Personal überflüssig. Allein durch Einführung von Maschinen soll ein weiterer Abbau des schon verringerten Personals um 15 bis 25 Prozent möglich sein.

Diese Beispiele sprechen deutlich genug für die Größe der Gefahr, die hier vorliegt. Die soll ihr geantwortet werden? Der Bericht der Untersuchungskommission der englischen Arbeiterpartei über die „Veränderung im Kapitalismus“ beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der arbeitssparenden Maschinen und stellt fest, daß die Gewerkschaften gegen die Einführung keinen Widerstand leisten. Es wäre eine müßige und unnütze Sache, sich dem Fortschritt der Verbindungen zu widersetzen. Die Gewerkschaften müssen aber verstehen, daß die Arbeiter unter der Einführung neuer Maschinen leiden und die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Auf diesem Gebiete haben die Gewerkschaften vor allem die Aufgabe der Neuverteilung der Arbeitskraft, um die überflüssigen Arbeitskräfte in neue Bahnen zu lenken. Was aber den einzelnen Arbeiter als solchen anbelangt, kann es nicht wundernehmen, wenn er die Neuerung, die seine Stellung gefährdet und ihn mit dem Verlust seiner Beschäftigung bedroht, mit Mißtrauen betrachtet. Er kann nicht damit verträglich werden, daß diese Neuerungen letzten Endes mehr Arbeitsgelegenheit schaffen werden. Er kann nicht warten, bis dies einmal erfolgt. Sein Mißtrauen würde nur schwinden, wenn ihm der Lohn, wie es bei den Baugilden geschah, für jeden Fall unverschiebbarer Arbeitsunmöglichkeit gesichert würde.

Diese Schilderungen sollen zur Andeutung des gesellschaftlichen und weitergehend des großen sozialen Problems, das hier vorliegt, dienen. Die Fragen werden noch ausführlich behandelt werden müssen. Insbesondere sollen dabei die Besonderheiten des graphischen Gewerbes ins rechte Licht gerückt werden. Wir befinden uns auch hier vor weitreichenden Umwälzungen.

## Volkswirtschaft — Sozialpolitik

**Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.** Nach den regelmäßig im „Reichsarbeitsblatt“ appearingen Ueberichten haben sich im Monat Juni die ungünstigen wirtschaftlichen Angaben nicht verringert, sondern eher noch etwas vermehrt. Die Abfallwertigkeiten des Rohlenbergbaues nahmen zu. Auch die Metall- und Maschinenindustrie zeigt einen Rückgang. Die kleine Verminderung der Zahl der unterrichtigen Erwerbstätigen ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die langfristigen Erwerbstätigen aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden wurden, weil ihr Unterhaltungsanspruch erlosch. Am 15. Juni erzielten 214 092 Personen Erwerbslosenunterstützung. Die Lage des Vertriebsleistungsgewerbes wird nach 125 Einzelberichten als unverändert geschildert. Die Landesarbeitsämter melden von Andauer der günstigen Arbeitsmarktlage. Nicht so günstig soll es in Ostpreußen und in Ost- und Westfalen sein. Allgemein wird über schlechten Selbsteingang

geklagt. Die Betriebe in der Papierindustrie haben meist voll zu tun. Der Absatz erstreckte sich in der Hauptsache auf das Ausland. Die Kartonnagenindustrie war im allgemeinen gut beschäftigt. Vielfach herrschte noch Mangel an Arbeitskräften. Ebenfalls war das Buchbindergewerbe gut beschäftigt. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte hier vielfach nicht gedeckt werden. Die sechs in Frage kommenden Arbeitsvermerkgattungen umfassen insgesamt 193 000 Mitglieder. Davon waren 2,8 Prozent arbeitslos. Der Guttenberg-Bund verzeichnete keine Arbeitslosen, der Graphische Zentralverband nur 0,9 Prozent. Metzarbeiter werden nur vom Buchbinderverband mit 2,9 Prozent gemeldet.

**Nichtleben von Invalidenmarken.** Das Reichsgericht hat in einem Urteil vom 1. Juli 1921 (Mittelsachen III 116/21) ausgesprochen, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer schuldenserpflichtig ist, wenn diesem durch Unfallschaden ordnungsmäßigen Lebens von Invalidenmarken ein Schaden entsteht. Im vorliegenden Falle war ein Arbeitnehmer von einer Baudeputation nicht schon für die Woche, in welcher er eingetreten war, bei der zuständigen Einzugsstelle zur Invalidenversicherung angemeldet worden, sondern erst für die folgende. Infolgedessen fehlte später, als er Invalid wurde, eine Woche an der Wartezeit, und er wurde mit seinem Anspruch auf Invalidenrente abgewiesen. Das Reichsgericht verurteilte daher die Gemeinde, zu der die Baudeputation gehörte, zur Zahlung bestimmter Rentenbeiträge. In den Entscheidungsrunden wird ausgeführt, der Besagte sei gegenüber dem Kläger vertraglich verpflichtet gewesen, für die Verwendung von Beitragsmarken zu sorgen; er müsse deshalb gemäß § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches dafür haften, wenn durch Verschulden der von ihm mit der Anmeldung der Versicherungspflichtigen betrauten Personen die Verwendung einer Beitragsmarke für die Woche unterblieben sei. Es liege ein objektiv ordnungswidriges Verhalten des Beklagten vor. Behauptet der Besagte demgegenüber, daß auf seiner Seite kein Verschulden vorliege, so sei er hierfür beweispflichtig.

**Verbesserungen in der Sozialversicherung.** Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages verhandelt man gegenwärtig über bedeutungsvolle Änderungen der Invaliden- und Angefalltenversicherung. In der Invalidenversicherung soll die Grundrente, die jetzt 10 M. monatlich beträgt, auf 13 M. erhöht werden. Der Steigerungsbetrag für Beiträge nach dem 1. Dezember 1923 soll verdoppelt werden. Er beträgt jetzt 10 Prozent. Das Kindererlöb will man von 36 M. auf 90 M. erhöhen. An Stelle der jetzt bestehenden fünf Lohnklassen sollen sechs Lohnklassen gebildet werden. Es ist vorgesehen, mit den Leistungserhöhungen am 1. August einzuführen. Die neuen Beiträge sollen vom 28. September ab in Kraft treten. — In der Angefalltenversicherung sollen sowohl die Leistungen wie auch die Beiträge um ein Drittel erhöht werden. Die Grundrente würde dann nicht mehr 30, sondern 40 M. im Monat betragen, während sich der Steigerungsbetrag der Beiträge auf 15 Prozent erhöht. Die Gehaltsgrenze findet abermals Erhöhung. Vorgeschlagen sind 8 000 M. Jahreseinkommen. In Zukunft werden also alle Angestellte mit einem Monatseinkommen bis zu 700 M. versicherungspflichtig sein. Die Wartezeit für die Hinterbliebenenrente soll auf fünf Jahre herabgesetzt werden. Der Reichstag wird vor den großen Ferien die endgültigen Beschlüsse zu fassen haben. Sie sollen dann noch einmal ausführlich behandelt werden.

**Wohnungsfürsorge.** Der Preussische Landtag hat kürzlich beschloffen, 1. das Staatsministerium zu eruchen, den Betrag von 20 Mill. Mark zur Verfügung zu stellen, um minderbemittelten kinderreichen Familien vier Kinder und mehr für Wohnungsbau neben den Hauszinssteuerhypotheken Beihilfen zum gleichen Zinssatz zu geben; 2. folgende Entschädigung anzunehmen: das Staatsministerium zu eruchen, die Richtlinien für die Verwendung der Hauszinssteuer dahin zu ergänzen, daß bei Wohnungsbauten für minderbemittelte kinderreiche Familien und für minderbemittelte Familien schwerkriegsbeschädigter, insbesondere erblindeter Krieger die zu gewöhnliche Hauszinssteuerhypothek bis zu 90 v. H. der Gesamtkosten bzw. 100 v. H. der reinen Kaufkosten betragen kann. Dem ersten Beschlusse ist schon insofern Rechnung getragen, als nach den Bestimmungen über die Förderung der Neubausfähigkeit im Jahre 1925, für Wohnungsbauten minderbemittelter, kinderreicher Familien sogenannte Zusatzhypotheken zu den Hauszinssteuerhypotheken unter besonders günstigen Bedingungen gewährt werden können. Was den weiteren Beschluß des Landtages betrifft, so haben sich der Finanzminister und der Minister für Volkswirtschaft damit einverstanden erklärt, daß die Bestimmungen über Gewährung von Zusatzhypotheken auch bei Neubauten minderbemittelter Familien schwerkriegsbeschädigter, insbesondere erblindeter Krieger, Anwendung finden. Solche Zusatzhypotheken können nicht nur für Eigenheime, sondern auch für Genossenschaftswohnungen gegeben werden, wenn die Benutzung dieser Wohnungen durch minderbemittelte, kinderreiche Familien oder minderbemittelte Familien schwerkriegsbeschädigter für eine längere Reihe von Jahren sichergestellt und die Rückzahlung der Zusatzhypothek spätestens nach Ablauf dieser Zeit gewährleistet ist. Diese Bestimmungen würden sich

in der Praxis so auswirken, daß minderbemittelten, kinderreichen Familien und minderbemittelten Familien von schwerkriegsbeschädigten, also nur solchen, die sich im Besitze eines Baugrundstückes befinden, Hypotheken bis zur vollen Höhe der Kaufkosten gewährt werden können. Bei Nichtvorhandensein eines Baugrundstückes würden einschließlich des Grund und Bodens bis zu 90 Prozent zugänglich werden können. Allerdings besteht noch die Einschränkung, daß vorläufig von diesen Sonderbegünstigungen nur in den allerdringendsten Fällen Gebrauch zu machen ist, und nur unter der Voraussetzung, daß das Gesamtbauprogramm der betr. Gemeinde oder des Kreises nicht wesentlich darunter leidet.

## Gewerkschafts-Rundschau

**Soziale Ferienkurse.** Es darf als ein sicheres Zeichen der Ueberwindung unserer materiellen Zeit gelten, wenn nunmehr die sozial wirkenden Verbände der geistigen Bildung und Aufklärung wieder nachdrücklicher ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die bedeutende Hauptstelle katholisch-sozialer Verbände Süddeutschlands, das „Evohaus“ in München, hat sich entschlossen, in München vom 26. bis 30. Juli, und in Würzburg vom 2. bis 6. August soziale Ferienkurse für Geistliche und Laien abzuhalten. Hervorragende Männer der Wissenschaft und Praxis halten auf jedem der Kurse insgesamt 14 Vorträge über die ethischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen und Probleme der Gegenwart. Die darauf folgenden Ausprägungen und Sonderveranstaltungen sollen weitere Aufklärung bieten. Das Evohaus hat in der Zeit vor dem Kriege mit der Abhaltung der Ferienkurse den größten Anhang und allgemeine Zustimmung gefunden, es ist deshalb zu erwarten, daß auch heute die gebotene Aufklärungsmöglichkeit weit über Bayern hinaus freudigen Widerhall findet. Die Teilnahme an den Kursen erfordert außer 5 M. Teilnahmegebühr und der Selbstverpflichtung keine weiteren Ausgaben. Die Anmeldungen sind an die Hauptstelle katholisch-sozialer Vereine, München, Evohaus, zu richten. Von dort sind auch die Programme für beide Ferienkurse zu beziehen.

**Die Evangelisch-Soziale Schule.** Die bekannte Evangelisch-Soziale Schule ist in diesen Wochen in die dritte Epoche ihrer Entwicklung getreten. Im Jahre 1912 in Bethel bei Bielefeld gegründet, wurde sie mit der Aufgabe betraut, in erster Linie der evangelischen Arbeiterbewegung ein Bildungswesen auf der Grundlage evangelischen Glaubens zu geben. Sie hat diese Aufgabe fast ein Jahrzehnt lang von Bethel aus durch die Veranstaltung von Lehrgängen, Abhaltung von Bankkursen, sowie durch die Ausbildung und Anstellung eigener Sekretäre zu erfüllen gesucht, trotz der schweren Hemmungen, die Krieg und Nachkriegszeit sich ihrer Entwicklung entgegenstellten. Durch die im Oktober 1921 erfolgte Verlegung in das Ev. Johannesstift, Spandau, wurde die Schule auf eine breitere Grundlage gestellt. Hier war durch das Vorhandensein großzügiger Unterkunftsbedingungen die Voraussetzung dafür gegeben, in stärkerem Maße als bisher auch den Vertretern anderer Stände zu dienen, die sich berufsmäßig mit der sozialen Frage in allen ihren Verzweigungen und Zusammenhängen beschäftigen müssen. Nach eingehenden Beratungen und im vollen Einverständnis mit den maßgebenden Stellen ist es zu einer Vereinigung der Evangelisch-Sozialen Schule mit dem Ev. Johannesstift in Spandau gekommen. Diese Umstaltung ist schon aus äußeren Gründen infolge ihrer günstigen Lage unmittelbar vor den Toren Groß-Berlins, mit ihren umfassenden Unterkunfts-, Belegungsbedingungen und sonstigen Einrichtungen, wie Hörsälen usw., als zentrale Bildungs- und Pflegestätte evangelischen Geisteslebens besonders geeignet. Das neue Arbeitsziel entspricht durchaus dem Programm der Inneren Mission; denn gerade unsere sozial gereizten Gegenwart hat die Bedeutung der kirchlichen Dienstleistungsarbeit nach der Richtung der Führerschulung ins hellste Licht gerückt. Die nunmehr mit dem Ev. Johannesstift vereinigte Evangelisch-Soziale Schule wird aber nur dann imstande sein, die ihr gestellte außerordentlich erweiterte und bedeutungsvolle Aufgabe zu lösen, wenn in allen Ständen und Berufen das Verständnis für eine auf dem Glaubensgrunde des Evangeliums beruhende Sozialpolitik geweckt wird. Es gilt daher jetzt in erhöhtem Maße alle evangelischen Stände und Berufe, die in irgendeiner Verbindung zur sozialen Frage stehen für den evangelisch-sozialen Schulungs- und Führerarbeiten zu erwidern, um alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen.

## Literatur — Eingänge

**Wie überwinden wir die Armut unserer Wirtschaft?** Gesammelte Aufsätze von Dr. Emil von den Boon. Volkswirtschafts-Verlag, M.-Gl. Badach. Preis 1 M.  
Die Schrift enthält gesammelte Aufsätze, die in klarer Form zu den einzelnen Wirtschaftszweigen Stellung nehmen. Als Vortragmaterial sind diese Aufsätze sehr wertvoll.

befuchter Ort. Unterhalb des Lorettoberges sehen wir ein herrliches Tal mit dem ganz idyllisch gelegenen Orte Günterstal. Dahinter gruppieren sich schon höhere Berge, so der Schanuisland, der 1286 Meter hoch ist.

Der ansehnlichste Teil der Umgebung Freiburgs aber ist das Höllental. Mit dem Orte Himmel reich endet das fruchtbare Tal und es beginnt das eigentliche Höllental. Hier starten hohe Felsen oft senkrecht gegen Himmel, ganze Halben sind mit Felsblöcken und Geröll bedeckt. Eingezwängt zwischen Felsen rauscht der Talbach. Nur an wenigen Stellen weitet sich der Talgrund, so daß Raum entsteht für einen kleinen Wiesensüden, oder für eine menschliche Wohnung.

Als die engste Stelle des Tales ist die Gegend beim Firschsprung bekannt. Zu früheren Zeiten traten hier die senkrechten Felsen bis auf Breite aneinander heran. Erst später wurde durch Sprengungen Raum geschaffen für eine Straße und die Eisenbahn. Ein aus Kupfer hergestellter Firsch, 2 Meter hoch, 7 Zentner schwer, zieht in einer Höhe von 40 Metern den Firschsprung der einen Wand und erinnert an die Sage, daß ein von einem Jäger und Hund verfolgter Firsch in seiner Todesangst den Sprung über die graufige Schlucht gewagt und glücklich den gegenüberliegenden Felsen erreicht habe.

Abwechselnd über Brücken und Tunnel schlängelt sich die Bahn talaufwärts von Freiburg bis Hinterzarten. Die steilste Strecke ist für den Zahnradbetrieb eingerichtet. Ein romantischer Teil des Höllentals bildet die Ravensenschlucht mit der Rammabridge, die eine Länge von 144 Metern und eine Höhe von 87 Metern hat. Ein wertvolles Kleinod des südlichen Schwarzwaldes bildet der Titisee. Seine Länge beträgt 1900 Meter, die Breite 700 Meter und die Tiefe 39 Meter. Zahlreiche Ruder- und Motorboote beleben den herrlichen Bergsee, von wo auch der höchste Berg des Schwarzwaldes, der Feldberg, leicht erreichbar ist.

So haben wir Freiburg und seine Umgebung im Geiste durchwandert, haben uns erfreut an jenem Fleckchen Erde, von dem der Dichter sagt:

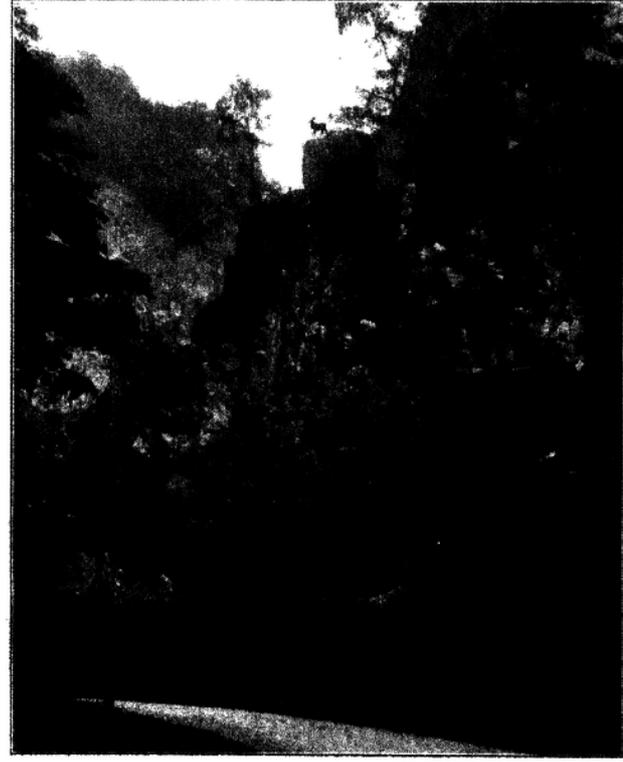
O Schwarzwald, o Heimat, wie bist du so schön,  
Wie locken das Herz deine schwarzdunklen Höhen,  
Zum fröhlichen Wandern in Hochsommerszeit,  
Zum Rasten in heimlicher Einsamkeit;  
Im traulichen Mühlgund bei Quellengelöten,  
O Schwarzwald, o Heimat, wie bist du so schön!

Hugo Bender.

Kolleginnen, sowie älterer Kollegen, war diese Lohnbewegung ein Waagnis. Durch die geschickte Taktik der Führer endete die Bewegung mit einem Erlös. Auch die Anstehenden erkannten in dem Zusammenichluß Vorteile für den Beruf, und es schloßen sich nahezu alle männlichen Kollegen dem Verbands an. 1906 konnten wir die ersten Kolleginnen aufnehmen.

Im Jahre 1909 wurde nach reger Diskussion mit einem Stande von 100 Mitgliedern die zweite Lohnbewegung eingeleitet. Diese Bewegung führte ebenfalls zum Erfolg und löste Zufriedenheit in den Reihen der Berufszugehörigen aus. Bei der dritten Lohnbewegung, die Ende 1913 geführt wurde, gelang es, die Kolleginnen restlos zu organisieren. Dieser organisatorische Erfolg fand seine Krönung durch den günstigen Abschluß eines allgemeinen Tarifvertrages. Bei Kriegsbeginn zog ein großer Teil der Mitglieder ins Feld. 11 Kollegen sieten auf dem Felde der Ehre.

Nach dem Kriege sammelten sich die Mitglieder unter der Führung des Kollegen Scherer Es ge-



Der Firschsprung im Höllental

## Vom Werden der Arbeiterbewegung

Während das Handwerk im 13. Jahrhundert nur noch Meister und Lehrlinge kannte, finden wir im 14. Jahrhundert fast allgemein den Gesellenstand. Gleichzeitig taten sich aber auch schon die ersten Gewerkschaften auf. Sie dienten vornehmlich der Pflege des religiösen Lebens, des Herabzugs und Unterstützungswesens. Während jeder Geselle, sofern er Tüchtigkeit im Handwerk nachwies und in gutem Rufe stand, ohne besondere Schwierigkeiten selbständig werden konnte, machten sich doch bald Anzeichen bemerkbar, die dieses zu erschweren suchten. Die Zünfte schrieben Gesellen und Meisterprüfungen vor, Meistertessen mußten gegeben und sogar Abnen nachgewiesen werden. Aber schon nach und nach erblickten wir die ersten Gegenätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Kapital und Arbeit. Die Gesellen suchten ihrer persönlichen Unterordnung ein Gegenrecht zu bieten, indem sie sich von den Zünften losagten und die ersten Gewerkschaften gründeten. Mit Hilfe

dieses Zusammenchlusses glaubte man Einfluß auf das Lehrlingswesen, die Zunftgerichte, auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Zur Durchsetzung dieser Forderungen bediente man sich schon der Arbeitsniederlegung und suchte auch Zuzug fernzubehalten. In weitläufigem Sinne können diese Gewerkschaften vielleicht als Vorläufer unserer heutigen Arbeitergewerkschaften angesehen werden. Die Zünfte, Großkaufleute, die ihre Arbeiten bisher nur bei den Zünften herstellen ließen, bedienten sich allmählich mehr und mehr der Handwerker, die nicht mehr den Zünften angehörten und sich auf dem platten Lande angesiedelt hatten. Infolge Einengung der Meister durch die Zünfte hatten sich viele Gesellen außerhalb der Städte niedergelassen. Die Großkaufleute nahmen nun nach und nach diese Handwerker größtenteils in ihre Dienste. Maßgebend für diese Entwicklung war wohl hauptsächlich die Möglichkeit größerer Gewinne. So entwickelten sich mit Beginn des 15. und 16. Jahrhunderts größere Betriebsunternehmungen. Für deren weiteren Ausbau suchte man auch die Wasser- und sonstigen Naturkräfte nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahmen sah sich der Unternehmer veranlaßt, von der Bedarfsdeckung zur Bedarfsdeckungswirtschaft überzuleiten. Dieser neuere Herstellungsweise gegenüber blieb die Einzelperson, der Handwerker, immer mehr zurück. Infolge der auch jetzt mehr ständigen getrennten Herstellungsweise der Erzeugnisse konnte der Arbeiter in den immer weiter sich entwickelnden Großbetrieben Fertigkeit und Kenntnisse nicht mehr wie früher erlangen. Er geriet auch immer mehr in Abhängigkeit gegenüber den Unternehmern. Geldvorschuße, die er sich von seinem Arbeitgeber infolge mangelhafter Lage erbitten mußte, machten sein Verhältnis immer abhängiger. Die dieserhalb geschaffenen Arbeiterschutzesetze aber erfüllten ihren Zweck nur dürftig. Interessante Aufschlüsse beispielsweise für

England geben die dort geschaffenen Schulgesetze, die unter der Regierung der Königin Elisabeth, 1562, aufgestellt wurden. Es war u. a. eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden festgelegt worden. Die Löhne waren nach oben begrenzt und nahm ein Geselle mehr Lohn, so wurde er, nicht der Arbeitgeber, mit Gefängnis bestraft. Mit Erfindung der Dampfkraft und der Maschine um 1813 vereinfachte sich die Arbeitsweise des Arbeiters in noch weit größerem Maße. Der Lehrling wurde mehr zum jugendlichen Arbeiter. Stand bisher der Arbeiter im Mittelpunkt der Warenherzeugung, so wurde er allmählich zum Diener der Maschine, die statt seiner genauer und bedeutend schneller seine frühere Handarbeit verrichtete.

Die auch auf Deutschland übergreifende liberale Wirtschaftsordnung nahm durch die freiheitliche Auffassung des Wortes: Freies Spiel den Kräften den Arbeitern das Koalitionsrecht fast ganz. Dem Unternehmer waren keine Schranken auferlegt. Im Interesse der Allgemeinheit sollten alle Fesseln fallen. Hieraus ergaben sich für die Arbeiter fast unheilbare Zustände. Zur Verbesserung ihrer Lage durften diese sich des Zusammenchlusses nicht bedienen, wodurch sich deren Lage immer weiter verschlechterte und recht traurige Folgen zeitigte. In der Textilindustrie war die Arbeitszeit unbegrenzt, und in den Rheinländern kam es vor, daß nach viertägiger täglicher Arbeitszeit die Arbeiter häufig nicht nach Hause zur Nachtruhe gingen, sondern sich in den Fabrikt- und Arbeitsräumen zur Ruhe legten, um am anderen Morgen in aller Frühe wieder mit der Arbeit beginnen zu können. Die schlimmsten Folgen in sittlicher, gesundheitlicher und kultureller Hinsicht sind leicht auszusenden. So machte die liberale Wirtschaftsordnung mit ihren Nebenständen mehr als bisher den Zusammenfluß der Arbeiter in Organisationen und Verbänden notwendig. Die Erlämpfung besserer Zustände konnte nur so erzwungen werden. War auch der Unternehmer befreit, seinen Arbeitern günstigere Lebensbedingungen zu schaffen, so geschah dieses doch nur in ungenügendem Maße. Die Ursachen zu vorstehender Entwicklung

lang, insbesondere bei dem Buchdruckerei Hilfspersonal Fuß zu fassen.

Durch die Einführung der Reichstaxi kamen die allgemeinen örtlichen Lohnverhandlungen in Wegfall. Es verblieben aber dennoch eine Menge Arbeiten. Sämtliche Mitglieder genossen die Vorteile des Reichstaxi. In der Verlagbuchbinderei der Firma Heber u. Co. wird vorwiegend im Accord (W.D. - Tarif) gearbeitet.

Heute sieht die Zahlstelle innerlich und äußerlich gefestigt da, und Widerstandigkeiten, die jede Organisation durchzumachen hat, können als überwunden angesehen werden. Die Zahlstelle Freiburg hat sich allezeit als ein würdiges Glied der christlichen Gewerkschaften und des Graphischen Zentralverbandes gezeigt. Der Vorstand der Zahlstelle bemühte sich auch unangeseht, außerhalb von Freiburg dem Verbands Eingang zu verschaffen, so in Waldkirch, Breisach, Gengenbach, Vahr, Offenburg, Seelbach, Sulz und Konstanz. Bis gegen Ende 1923 hatte der Bezirksleiter für Baden und Württemberg, Kollege Scherer, seinen Sitz in Freiburg. Die Geschäfte des Bezirksleiters werden seit dieser Zeit durch den Vorsitzenden der Zahlstelle, Kollegen Birtl, nebenamtlich ausgeübt.

Seit Gründung der Ortsgruppe ist sie von folgenden Kollegen geleitet worden: Von 1898 bis 1905 Kollege Heer, 1905 bis 1906 Kollege Felder, 1906 bis 1910 Kollege Birtl, 1910 bis 1911 Kollege Sommer, 1911 bis 1915 Kollege Birtl, 1915 bis 1918 Kollege Scherer, 1918 bis 1919 Kollege Goltz, 1919 bis 1920 Kollege Birtl, von 1920 bis heute Kollege Birtl. Vorgenannte Kollegen sind jetzt Beisitzer der Zahlstelle fast unangeseht mit Vorstands- und Betriebsräteposten bedacht gewesen. Ihnen ist es in Verbindung von rührigen Vorstandsmitgliedern und Vertrauenspersonen zu danken, daß sich die Zahlstelle auf einer gesunden Höhe gehalten hat und Erfolge für die Berufszugehörigen erlangen konnte. Möge der gute gewerkschaftliche Geist in unserer Freiburger Zahlstelle auch weiterhin lebendig sein. Birk.

## Unsere Freiburger Zahlstelle

Die Ortsgruppe Freiburg des Graphischen Zentralverbandes verdankt ihr Entstehen der Sektion der Buchbinder im „Arbeiterklub“. Im Jahre 1898 fanden sich Kollegen der graphischen Berufe zusammen, um einen Verein zu gründen. Der Gründung lag die Idee zugrunde, die Mitglieder im kollegialen Geiste einander näher zu bringen, und sich in wirtschaftlichen und beruflichen Fragen gegenseitig zu unterstützen. Der Verein war als Vorstufe für die Gewerkschaft anzusehen. Sehr interessante Protokolle aus der damaligen Zeit stehen der Zahlstelle zur Verfügung. Diese liefern den Nachweis, daß die Gründer des Vereins von großem Opfergeist, von Eifer und Solidarität befeelt waren.

Als im Jahre 1904 der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollege Stegerwald, die örtlichen Sektionen der graphischen Berufe auf christlicher Grundlage über die Notwendigkeit einer zentralen Berufsorganisation unterrichtete und zur Teilnahme an einer Gründungskonferenz in Köln aufforderte, delegierten die Freiburger Kollegen ihren Vorsitzenden, Kollegen Heer, nach Köln. Der Bericht des Kollegen Heer über die Gründung des Berufsverbandes auf zentraler Grundlage, veranlaßte die Freiburger Kollegen zu dem einstimmigen Beschluß, ihr gesamtes Vereinsvermögen der Zentrale in Köln zur Verfügung zu stellen. Mit jugendlichem Feuerer besüßte sich der erste Vorsitzende, alle auf christlichem Boden bestehenden Berufsorganisationen dem Verbands zuzuführen. Ein Teil der älteren Kollegen verhielt sich ablehnend aus Furcht, der andere aus Verkennung der Ziele der Gewerkschaft. Auch die Werbearbeit bei den weiblichen Mitarbeitern versagte in der Gründungszeit.

Im Jahre 1905 hatte die junge Zahlstelle die erste Feuerprobe zu bestehen. Ungünstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwangen die Führer, eine Lohnbewegung einzuleiten. Angesichts der noch fernstehenden

